Klimaschutz und Fairer Handel statt Freihandelsabkommen

Betr. Anzeige von MdEP Prof. Sven Simon v. 24.12.2019

Prof. Sven Simon (CDU Kreisvorstand Gießen), Jurist und Mitglied des EU-Parlaments, Experte für die Liberalisierung, d.h. in der Regel Privatisierung, öffentlicher Dienstleistungen der Daseinsvorsorge, behauptet in seiner Weihnachtsanzeige, dass er sich für die „hessischen Interessen“ im EU-Parlament einsetzen werde. Er befürworte „weitere Handelsabkommen, um die Globalisierung regelbasiert mitzugestalten.“ Was könnte er damit meinen?
Zurzeit stehen zwei Freihandelsabkommen in Europa vor der Beschlussfassung in den zuständigen Parlamenten. Dies ist CETA mit Kanada und EU-Mercosur mit südamerikanischen Staaten wie Brasilien. Mit den neuen Regeln dieser Abkommen werden bestehende gute Schutzgesetze de facto ausgehöhlt durch "freie" Handelskonkurrenz mit Billigstandorten. Und: neue Gesetze, z.B. zur Lebensmittelsicherheit, werden unter CETA verhindert durch Angst vor drohenden Schadensersatzklagen der Investoren. Das heißt, es wird de-reguliert und nicht reguliert! Das ist nicht im Interesse von Mensch und Natur.

In Brasilien z.B. wird massiv Regenwald abgeholzt und Indigene werden vertrieben, damit Rinder weiden können und überwiegend genmanipuliertes Soja angebaut werden kann. Das dort produzierte Fleisch soll unter dem Mercosur-Abkommen zollfrei nach Europa transportiert werden und in Konkurrenz mit den Produkten der europäischen Bauern treten. Das Soja wird als Tierfutter nach Europa geliefert, um hier billig Fleisch zu erzeugen, das dann u.a. wieder in andere Teile der Welt exportiert wird, was dortigen Kleinbauern die Existenz nimmt. Dies kann in keinem Falle nachhaltig sein! Fleischberge müssen eher abgebaut statt vergrößert werden. Diese Fleischproduktion sowie der Raubbau am Regenwald heizen unser Klima mit an. Die Ideologie, die hinter den Freihandelsabkommen steht, dass die Wirtschaft immer weiter wachsen muss, kann auf einem endlichen Planeten logischerweise nicht funktionieren. Daher vertritt Sven Simon nicht unsere Interessen!
Unser Vorschlag: Regionale Ernährung statt Regenwaldzerstörung, genmanipulierten Sojas und langer Transporte. Damit würde für unsere Bauern die ökologisch sinnvolle Produktion unterstützt. Nur noch bei uns nicht produzierbare Waren sollten importiert und dabei fair gehandelt werden. Hierbei wären umwelt-, sozial-. und arbeitnehmergerechte Regeln gesetzlich zu gewährleisten, z.B. über ein Lieferkettengesetz, das aber kürzlich durch die CDU verhindert wurde.

Sven Simon vertritt eine „christliche“ Partei. Wir verstehen das Christentum so, dass es ihm um die Bewahrung der Schöpfung und den Schutz der Schwachen geht. Freihandelsabkommen stehen dem diametral entgegen und schützen vor allem die Interessen der globalen Großkonzerne. Nach den bisherigen Erfahrungen mit Freihandelsabkommen werden die nichtstaatlichen Schiedsgerichte die Steuerzahler teuer zu stehen kommen. Konzerne haben nämlich hiermit die Möglichkeit, Staaten und Kommunen wegen entgangener erwarteter Gewinne zu verklagen. Denn es werden z.B. Klimaschutz-, Tierschutz- oder Verbraucherschutzgesetze als „Frei“-Handelshemmnisse angesehen. Insofern wird durch die De-Regulierung mittels CETA das bei uns geltende Vorsorgeprinzip ausgehebelt, das vorbeugend - und nicht erst im Nachhinein – schädliche Waren und Verfahren verhindert.

Aus den vorgenannten Gründen ist das „Aktionsbündnis gegen CETA, TTIP und Co. in Gießen“, das seit über fünf Jahren besteht, sehr besorgt über die Absicht der hessischen Regierungsparteien, CETA zuzustimmen, wie es im Koalitionsvertrag steht. Wir fordern, dass die hessische Landesregierung CETA im Bundesrat nicht zustimmt. Und wir hoffen, dass die Bevölkerung und speziell die Fridays for Future-Bewegung die Gefahren des „Frei“-Handels noch rechtzeitig wahrnehmen.

Für das Aktionsbündnis gegen TTIP, CETA und Co Gießen

Ilse Staude (Pfarrerin), Staufenberg

Peter Eschke, Gießen

Rita Kotschenreuther, Heuchelheim